

Der Mahneuf

Organ für Arbeitslose und Arbeiter

Erscheint wöchentlich

Vierteljahres-Abonnement S 1.20

Einzelpreis 10 Groschen

Nummer 7

Graz, vierte Märzwoche 1927

1. Jahrgang

Christlichsoziale Altersfürsorge.

Nicht Name noch Ort können wir in diesem Artikel bekanntgeben, denn es würde dies einen alten Arbeiter der schrecklichsten Drangsalierung preisgeben. Die Redaktion wird aber die Namen veröffentlichen, wenn der Arbeiter aus der schwarzen Hölle, in der er sich befindet, in Sicherheit gebracht ist. Dies hängt davon ab, ob er in Graz und Umgebung einen Quartierplatz gegen geringes Entgelt erhalten kann. Wir erlauben deshalb unsere Leser, bekanntzugeben, ob sie irgendeinen bescheidenen Quartierplatz für den alten Arbeiter bereitstellen können.

In Österreich-Ungarn, wo die Hirten des Hungerbringers Seipel allsonntäglich von den Kanzeln Brandreden gegen die „Roten“ vom Stapel lassen, dort, wo dem Bauern vom Pfarrer eingeredet wird, daß über seine Wirtschaft Verderben, Pestilenz und Feuer kommen wird, wenn ein Aescht oder eine Dirn rot wählen sollte, dort, wo Kinder dem Verhungern preisgegeben werden, wenn sie von roten Eltern stammen, dort, wo ein standesamtlich Getrauter gesteinigt würde, dort, in dieser nachschwarzen, mittelalterlich modrigen Gegend liegt die Ortschaft A., selbst ein Zentrum vollkommener geistiger Verblöding und voll blutigen Hasses gegen die „Roten“. Ein Christlichsozialer, denn kein anderer wird dort zum Leithammel gewählt, führt die Gemeinde.

Ein 68 Jahre alter Arbeiter, zeit lebens organisiert, der bis zum 64. Lebensjahre im Betrieb stand, hat das Unglück, in dieser Gemeinde den Lebensabend verbringen zu müssen. Die Jugend, das Mannesalter und noch die Tage des Alters verlebte er unter Arbeitern, deren Geistesverfassung von der ostafrikanischen sich etwa so unterscheidet, wie das Edelweiß der stolzen Höhen von den Sumpfbüthen giftig-schlammiger Tümpel.

Zu diesem geistigen Elend gesellt sich auch noch das wirtschaftliche, dank der Politik der Bürgerlichen, welche die Altersversicherung als einen Dorn im Auge empfinden und auf das entschiedenste bekämpfen.

Auf die Sozialdemokraten setzen Tausende alter Männer ihre Hoffnung; wehe, wenn sie durch Halbheit und Schwachheit dieser Partei um ihr Letztes betrogen werden sollten.

So wie diese Tausende wartet auch der Arbeiter S., der in dieses schwarze Nest verbannt ist, besonders hart auf die Altersnotstandsunterstützung, denn seit zwei Jahren gibt ihm die christliche Gemeinde nur

50 Groschen täglich zum Leben

unter dem Titel Armenunterstützung. Der Genauigkeit halber sei noch erwähnt, daß die Gemeinde ihm einmal im Jahre S 20— gab, damit er dafür über 12 Monate sich mit Brennmaterial und Kleidung versorge und auch den Zins davon abgibt. Jedenfalls ein Anfinnen, daß nicht vom besten Zauberkünstler, geschweige von Seipel, Rintelen, Alzer, Prisinger oder sonst einem Konferten dieser Art gelöst werden könnte.

Bitter sagt der Alte mit Tränen in den Augen: „Heut muß i bei einer Armenunterstützung verhungern. Lüber mecht i wul arbeit'n, aber es is wirkli nimma gangan.“ Dabei zeigt er seine durch Nichtvorkommen verkrüppelten Hände. Mit den 50 Groschen, sagt er, hat er nimmer leben können. Eine Eingabe an die Landesregierung hat ihm großmütig den Betrag von 85 Groschen zum täglichen Lebensunterhalt eingetragen.

Christlichsoziale Nächstenliebe

hat ihn aber selbst um dieses kleine Plus betrogen. Der Bürgermeister von A., der ab 30. Oktober 1926 die Differenz von 50 auf 85 Groschen nachzahlen sollte, zahlte ihm um S 13— weniger aus, als er bekommen sollte. „Für einen Schubdoppler etc.“, erklärte der Bürgermeister. Was unter dem etc. gemeint ist, weiß niemand.

Außerdem rächte sich die christlichsoziale Gemeinde noch dadurch, daß sie die bis jetzt gewährten S 20— pro Jahr für Kleidung, Zins und Beheizung am 1. Jänner 1927, dem Fälligkeitstermin, nicht mehr zur Auszahlung brachte. Dadurch konnte der alte Arbeiter den Zins nicht mehr bezahlen.

Der Christlichsoziale Gastwirt T.

300 daraus nach allgemein christlichsozialem Brauch die Konsequenz, indem er den Arbeitsinvaliden S. am 1. Mai aus der Wohnung schmeißen will, wodurch dieser, der vom 16. Lebensjahr für die bürgerliche Gesellschaft Profite lieferte, des Daches beraubt und der Landstraße überliefert werden soll. Solches Vorgehen lernt der christlichsoziale Wirt in der Kirche, die er fleißig besucht, in der er für seinen Profit betet und die auch alle seine Dienstmännern getreulich besuchen müssen. Daß einige schmutzige Flecke an seinem Leben hatten, macht ihn dem Allmächtigen und der Jungfrau Muttergottes nicht abgeneigter, denn er und der Pfarrer sind gute Freunde und letzterer schließt ihn immer ins Gebet ein. Ob er dafür aus dem Keller entschädigt wird, liegt im Dunkel.

Der alte Arbeiter soll verrecken, so denkt wohl die christliche Gemeinde; wieder einer weniger, der nicht mehr zur Wärfung der bürgerlichen Gesellschaft beitragen kann. Also über Bord mit ihm.

Das ist das Gesicht, das über den Bolschewismus Jeter und Morbio schreit. Wahrlich, es wäre hoch an der Zeit, daß dieser in den Gehirnen aller Werttätigen Eingang findet, um sie zu: Siege über das Bürgerpack zu führen.

Durch diesen Vorfall ist wieder an einem praktischen Beispiel die feindselige Haltung der Christlichsozialen den alten Arbeitern gegenüber bewiesen, die ihren Gipfelpunkt in der Regierungsvorlage zur Altersversicherung findet. Der nächste Schritt, der gegangen werden muß, ist unbedingte Befreiung der Seipelregierung, denn sie hat sich als der ärgste Feind der Altersversicherung entpuppt. Die Wandber, welche die Christlichsozialen dabei aufführten, sowie die Phrase Seipels ändert nichts an dieser Tatsache.

Der 24. April.

Die Wahlen am 24. April stehen im Zeichen des entschlossenen Angriffes der Reaktion, mit dem Ziele, die offene Diktatur der Bankpiraten, Industriekapitäne, Großagrarien und des schwarzen Blutregimes aufzurichten. Die „antimarginalistische“ Einheitsfront — so nennt sich das Geschmeiß von Ausbeutern, Pfaffen und faschistischen Drahtziehern — soll den blutigen Weg der Reaktion ebnen; die Wahlen sollen eine Heerschau der Reaktion sein.

Der weiße Terror am Ballan, das blutige Horthy-Ungarn, welches den Einmarsch in das Burgenland vorbereitet, das Resselstreben Englands gegen Sowjetrußland, der Bürgerblock in Deutschland, das bluttriefende Mussolini-Italien sind der österreichischen Reaktion das Signal, um vorzuschießen. Herr Seipel spielt mit dem Gedanken, das österreichische Proletariat durch einen Putsch mit Hilfe Ungarns niederzuschlagen.

Selbst diese Republik, in der der Hauptverstoß der Industrie seinen Willen zum Gesetz erhebt, in der die Reaktion ungeführt ihre dunklen Pläne vorbereitet, in der das Proletariat von Jahr zu Jahr zurückgedrängt, seine Lebenslage verschlechtert wird und seine Errungenschaften zum Fegefeuer gemacht werden, ist Herrn Seipel zu „freiwillig“.

Die Bourgeoisie will die schrankenlose Freiheit zur Ausbeutung des Proletariats durch Zölle, Massensteuern, Feuerung, Lohnabbau, Friedensmieten und Hausherrnwillkür.

„Die Volkswirtschaft ist nicht leistungsfähig“, heult die bürgerliche Pressebure und „begründet“ damit die Beseitigung des Achtstundentages und der sozialpolitischen Gesetze. Wegen der bedrohten Volkswirtschaft soll das Inkrafttreten der Alters- und Invalidenversicherung auf Befehl der Unternehmer hintertrieben werden. Der Monat soll für die über 60jährigen Proleten nur 20 Tage haben, damit sich der „arme“ Staat, der den Banken und Unternehmern die Steuern ermäßigt, ja sogar schenkt, die Auszahlung der Unterstützung für zehn Tage im Monat erspart, das heißt, die über 60 Jahre alten Proleten sollen ab 1. Juni wohl eine Altersversicherung erhalten, aber diese beträgt monatlich um ein Drittel weniger, als die Arbeitslosenunterstützung für diese Zeit ausmacht. Das „christliche Herz“ Seipels glaubt offenbar, die restlichen zehn Tage sollen die alten Arbeiter von seiner Seelenanierung leben.

Aufreißend wirken die Provokationen der Faschisten, Unternehmer und der Regierung.

250 Schilling Warenumschlagsteuer zahlt jährlich eine vierköpfige Arbeiterfamilie. Ein Zehntel des Preises fast aller Bedarfsartikel (Schuhe, Kleider usw.) ist Warenumschlagsteuer. Diese raubgierigste aller Steuern ist von 44 Millionen Schilling im Jahre 1923 auf 212 Millionen im Jahre 1927 angewachsen. Die Zuckersteuer ist von 1926 auf 1927 um 60 Prozent gestiegen. Dagegen ist die Effektenumschlagsteuer von 10 Millionen Schilling im Jahre 1923 heuer auf 2 Millionen Schilling herabgesetzt worden. Die Bankenumschlagsteuer wurde um ein Zwanzigstel, die Valutenumschlagsteuer um ein Vierundzwanzigstel ermäßigt. Der Zoll für

Automobile, welche die Kapitalisten zu ihrer Requemlichkeit brauchen, ist nicht böber als der Zoll auf Mehl, welches der Prolet, der Arbeitelose kauft, um seinen Hunger zu stillen (6 Prozent). Damit nicht genug, soll der Zoll auf Mehl, Fleisch und Brot neuerlich erhöht werden.

Dagegen wurde die Börsenbesucherabgabe auf ein Siebzigstel ermäßigt und beträgt den Epostbetrag von 10.000 Schilling. Die Einnahmen durch Zölle wurden aber verdoppelt.

Alles zahlen die Werttätigen, das Beste preßt man aus ihnen, die Skrupellosigkeit der Herrschenden kennt keine Grenzen.

Die gewerblichen Unternehmerorganisationen haben Seipel beauftragt, den gesetzlichen Achtstundentag durch das 2400-Stunden-Jahr zu ersetzen. Die Arbeiter sollen wochenlang aussetzen, um dann elf und zwölf Stunden täglich zu schuften. Verkürzung der Kündigungsfristen für Angestellte, 7-Uhr-Sperre, Erleichterung der Entlassung von Betriebskräften und noch manches andere wird als Voraussetzung der Gesundung unserer Volkswirtschaft bezeichnet.

Die „Sanierung“ dieser kapitalistischen Profitwirtschaft kennt keine Grenzen. Massenarbeitslosigkeit, Hunger, Not, Elend, Verzweiflung, Selbstmord sind die ständigen Begleiter des Proletariats. Kein Geld für die Notleidenden, kein Geld zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Investitionsarbeiten, aber Milliarden von Steuerhelfern für Wofel, Börsen- und Frankenspekulationen der zusammengetrachten Banken der Herren Anteiler, Abtr, Prisching bis zur Postsparkasse.

In diesem Korruptionsgestank rüstet der Faschismus, thallt ungeführt Proletariatsnieder, Mengt Versammlungen, provoziert an der Unfähigkeit durch Eröffnung von Schießstätten, plant den Aufmarsch in Wien.

Die Wehrbündler berauben widerstandslos das Eisen. All das vollzieht sich ohne ernstlichen Widerstand der sozialdemokratischen Führer. Kabitale Ketten und Trauervorte schlagen nicht den Faschismus nieder, bieten der Reaktion kein Schach.

Die Bourgeoisie steuert auf die schrankenlose Aufrichtung ihrer Herrschaft los. Es gibt für sie zwei Möglichkeiten: den verhüllten Weg mittels der legalen Gesetzesmaschinerie des bürgerlichen Parlamentarismus; dieser Weg ist ihr der liebere, da er schrittweise zum Ziele führt, ohne daß das Proletariat, irreführt durch die sozialdemokratischen Führer, es merkt. Darum will Seipel bei den Wahlen durch die bürgerliche Einheitsfront parlamentarisch siegen. Der andere Weg ist der des offenen, gewaltsamen Angriffes durch die Bourgeoisie! Ihn wird sie erst dann beschreiten, wenn ihr der erste Weg durch eine empfindliche Wahl Niederlage und den entschlossenen Kampf des Proletariats durchkreuzt wird.

Das immerwährende Ausweichen, die Koalitionspolitik, das Paktieren mit den Christlichsozialen im Parlament, das Ausschalten jedweden ernstlichen Klassenkampfes durch die Mobilisierung der Massen, um die ökonomische und politische Macht des Proletariats zu erringen, hat der Bourgeoisie jene Kraft wiedergegeben, mit der sie jetzt zum entscheidenden Schlag ausholt.

Die sozialdemokratischen Führer haben den Klassenkampf zum Wahlkampf reduziert. Sie stellen die parlamentarische Mehrheit von Sozialdemokraten mit der Eröderung der Macht im Staate gleich. Sie versprechen dem Proletariat im Falle der Mehrheit die Durchführung des Sozialismus.

Die Befreiung des Proletariats, die Bekämpfung der Nation kann niemals durch Stimmzettel allein erreicht werden, dieser Kampf kann nur mit proletarischen Mitteln geführt werden.

Gewiß sind Wahlen wichtig, besonders diese Wahlen. Ein Wahlsieg der Arbeiterklasse ist eine mächtige Demonstration.

Ein Wahlsieg wird aber nur dann der Ausgangspunkt zur Durchbrechung der reaktionären

Pläne sein, wenn die lebende Kraft der kämpfenden revolutionären Arbeiterklasse dahintersteht.

In diesen Wahlen stehen zwei Fronten einander gegenüber: die Reaktion, die sozialdemokratische Partei, die sich vergebens bemüht, eine klassenansöhnende Volkspartei zu sein.

Die Opposition in der kommunistischen Partei fordert die Arbeiterschaft auf, die kleinbürgerliche Demokratie gegen die Reaktion zu verteidigen. Selbst die Verteidigung dieser Republik gegen die Reaktion kann nicht allein mit dem Stimmzettel, sondern nur durch Massenaufmarsch, Massenstreik und letzten Endes mit Waffen in den Händen der Arbeiter entschieden werden.

Diese Wahlen sind nur eine Vorentscheidung, eine Heerschau der Klassen.

Um in der gegebenen Lage demonstrativ zu bekunden, daß die Opposition in der kommunistischen Partei entschlossen ist, mit den sozialdemokratischen Arbeitern die bürgerliche Demokratie gegen die Konterrevolution zu verteidigen, den Kampf um den Achtstundentag, die Erhaltung der sozialen Geseze, für höhere Löhne, für den Mieterzuschuß, die Altersversicherung und gegen die Massenarbeitslosigkeit mit allen Mitteln zu führen, fordert die Opposition in der kommunistischen Partei die Arbeiterschaft auf, in diesen Wahlen für die sozialdemokratische Liste zu stimmen.

Die Opposition in der kommunistischen Partei stimmt sozialdemokratisch, um den sozialdemokratischen Führern vor und nach den Wahlen nicht die Möglichkeit zu geben, mit dem Schlag „Sie helfen dem Seipel“ u. dgl. das Urteil der Arbeiterschaft zu trüben, zu verwirren und vom wahren Sachverhalt abzulenken, um sich vor der Verantwortung für ihre reformistische Politik zu drücken.

Wählt sozialdemokratisch. Glaubet aber ja nicht, der Stimmzettel wird entscheiden über demokratische Republik oder Reaktion, glaubet ja nicht, ein Wahlsieg der Sozialdemokratischen Partei allein wird die Konterrevolution zerbrechen, die Massenarbeitslosigkeit und eure Notlage lindern, auf Kosten der Kapitalisten sanieren.

Die Konterrevolution niederkzuschlagen, das Proletariat aus Elend und Lohnslaverei zu befreien, die wirkliche Arbeiter- und Bauernregierung aufzurichten, vermag nur der revolutionäre Klassenkampf, das kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Der Faschismus lauert.

Auf eine Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Tirol über das Treiben der Heimwehren erklärte der schwarze Landeshauptmann ganz offen, daß er die Heimwehren Steibled als eine öffentliche Einrichtung des Landes betrachte, daß die Landesregierung die Heimwehren zum Streikbruch verwenden wird, daß er sie aus öffentlichen Steuergeldern unterstütze und daß selbst Landesbeamte den Heimwehren zur Verfügung gestellt werden.

Unzweifelhaft ist das sehr deutlich. Jeder Proletarier kann daraus erkennen, wie die Situation steht. Was die Zukunft bringen dürfte, wenn die Arbeiterschaft gegen den Faschismus nicht in Alarmbereitschaft steht, zeigt folgender Absatz aus der „Münchener Zeitung“:

„Mit dem Rärntner Heimatschutzverband besteht ein enges Schutz- und Trugbündnis und in Steiermark ist man ebenso wie in Rärnten nicht gewillt, eine rote Bundesregierung, mag sie parlamentarisch oder außerparlamentarisch zustande kommen, anzuerkennen, sondern ist fest entschlossen, eine solche rote Diktatur auch mit Gewalt

zum Fall zu bringen. Der militärische Leiter der gesamten steirischen Heimwehren ist General Ragerl in Graz, in die Arbeiten des Stabes teilen sich Oberleutnant Ingenieur Hans Rauter (Obersteiermark) und Oberleutnant Sacher-Masoch (übriges Steiermark).“

Die Faschisten erklären also, daß sie eine Bundesregierung nur dann anerkennen werden, wenn in ihr die Bürgerlichen die Mehrheit bekommen. Sollten aber die Sozialdemokraten die Mehrheit bekommen, dann werden sie mit Gewalt losgeschlagen. Das Blatt der bayerischen Königspartei erzählt uns aber eigentlich nichts Neues. Der revolutionäre Teil der Arbeiterklasse steht im Zusammenhang mit den Wahlen eine solche Entwicklung voraus. Notwendig ist, geschlossen in den Wahlkampf zu treten, dem Stimmzettel keine große Bedeutung beizumessen, um so mehr aber nach Bewaffnung der Arbeiterschaft und vor allem des Schutzbundes zu drängen. Der Faschismus greift uns an die Gurgel, Waffen in unsere Hände, damit wir ihn niederschlagen!

Hauskasernen.

Es kann nicht abgegriffen werden, daß die Gemeinde Wien in den letzten Jahren zur Linderung der Wohnungsnot Bedeutendes geleistet hat. Vom Jahre 1919 bis heute sind beiläufig 32.000 Wohnungen fertiggestellt worden. Die kleinste derselben besteht aus Zimmer und Küche, die Mehrzahl aus zwei Zimmern mit Zubehör. Es sind lichte, sonnige Räume, und manchen Proleten, der früher verdrossen in finsternen Löchern haufen mußte, finden wir zufrieden wieder.

Aber eine Frage müssen wir doch aufwerfen und zu diesem Zwecke müssen wir uns ein solches Wohnhaus etwas näher ansehen. Wohnhaus? Nein! Für einen Bau, in dem 800 Parteien mit 3400 Menschen haufen, wie es z. B. beim Binarzky-Dof der Fall ist, ist das nicht die richtige Bezeichnung — besser Hauskasernen. Es ist ein Komplex von vielen Häusern, welche durch Höfe verbunden sind. Wohl gibt es dort Spielplätze für Kinder, einen Kindergarten, Versammlungssaal, Bibliothek, ja sogar ein Kino. Die ersten Bauten, die aufgeführt wurden, hatten nach Außen ein freundliches Aussehen, die neuen aber zeigen auffallende Einfachheit, unerquickliches Grau.

Der Arbeiter liebt das Grau nicht. Alles in seinem Leben ist grau; grau der Betrieb, in dem er Tag für Tag schuftet, grau die Jugend, die er verbrachte, grau die Sorgen, mit denen er stündlich kämpft, grau war alles in seiner alten Wohnung — nüchtern einfach, fast monoton sind auch die Hauskasernen.

Der Arbeiter sehnt sich aber nach etwas Schönerem. Warum diese erdrückend großen Häuserkomplexe, warum nicht Einfamilienhäuser?

Rußland, das blühende Gartenstädte schafft, hat dieses Problem so glänzend zu lösen verstanden. Kleine, freundliche, in Grün gebettete Häuser bilden das Heim Tausender von Proleten. Freilich, die Vorbedingungen dazu sind dort besser, denn der Volkshewismus hat Grund und Boden enteignet. Warum arbeitet die Gemeinde Wien nicht nach diesem Muster?

Wohl hat sie auch an den Bau von Einfamilienhäusern gedacht, wohl hat sie sogar die ganz gewaltige Summe von eineinhalb Millionen Schilling als Kredithilfe für solche Siedlungshäuser zur Verfügung gestellt — aber sie kommen für Proletarier nicht in Betracht, denn ein solches Haus stellt sich auf 20.000 bis 22.000 Schilling. Vier bis fünftausend Schilling müssen als Anzahlung geleistet werden. Den Restbetrag kann man allerdings in kleinen Raten abbezahlen. Wieviel Proleten bringen die Anzahlungssumme auf?

Einfamilienhäuser für die Begüterten — Kasernen für die Proleten.

Aus dem Alltag

Das ist die J. B.-R. Graz.

Statt dieses Artikels, das wollen wir gleich einleitend sagen, wären Dreschflegel und Knüttelpeil besser angebracht; noch ist aber die Zeit dafür nicht reif und wir müssen uns begnügen, folgende Satzfache Tausenden bekanntzugeben.

Dem Arbeitslosen Rofmann Alois wurde die Unterstüfung entzogen, weil sein Vater einen 9 Joch großen Grund besitzt.

Der Arbeitslose Rofmann Alois ist 43 Jahre alt, seit 1906 aus dem Elternhause fort, weil nicht alle vom Besitz, der nur 5 Joch Anbaugrund hat, leben können. Der über 70 Jahre alte Vater muß aus diesem Grunde heute noch einer Nebenbeschäftigung nachgehen, um sich über Wasser halten zu können. Er weigert sich begreiflicherweise, seinen 43 Jahre alten Sohn, der seit 20 Jahren vom Elternhause fort ist und als Bahnarbeiter, Bauarbeiter, Straßenbauarbeiter gearbeitet hat, heute wieder zu erhalten. Er kann es einfach nicht, der Besitz ist wofieso verschuldet, er kann die Schulden nicht einmal abzahlen.

Vier Wochen sind nun her, seit dem Arbeitslosen die Unterstüfung eingestellt wurde. Die Familie Fischer, Kost- und Quartiergeber des Arbeitslosen Rofmann, hat diesem eine Woche, zwei, drei und vier Wochen Kost und Quartier kreditiert. Nun aber geht's auch nicht mehr, sie haben selber nichts. Der Arbeitslose Rofmann ist also glatt dem Verhungern preisgegeben. Er, der zum ersten Male in seinem ganzen Leben arbeitslos ist, und nur zwei Wochen die Unterstüfung erhalten hat, geht in seiner Not doch ins Elternhaus, unternimmt den letzten Versuch, dort unterzukommen, wird aber abgewiesen, nicht aus Unmenschlichkeit, nein, die Not weist ihm die Tür. Damit die J. B.-R. es aber schwarz auf weiß hat, wie die Dinge stehen, gibt der Vater des 43 Jahre alten Rofmann folgende Erklärung und läßt sie gemeindeamtlich besätigen.

Erklärung.

Ich bestätige hiemit, daß mein Sohn Rofmann Alois, geboren 10. April 1884 zu Fernis, zuständig Gemeinde Feldkirchen, seit dem Jahre 1906 von meinem Hause fern war, von da an ohne jegliche Hilfe von mir auf sich selbst angewiesen war und auch in Zukunft nichts zu hoffen hat.

Bestätigt vom Gemeindevorstand Feldkirchen.

Diese Erklärung mit einer nochmaligen klaren Darstellung der Verhältnisse schickte das Arbeitslosenkomitee der J. B.-R. mit dem böstlichen Ersuchen, den Fall zu überprüfen, ein.

Was hat der für seine Tätigkeit schwer bezahlte Dr. Uranitsch auf diese Eingabe, auf dieses böstliche Ersuchen, den Fall des Arbeitslosen Rofmann zu überprüfen, geantwortet?

Herrn Rofmann Alois.

In der Beilage erhalten Sie eine Zuschrift, unterfertigt mit der Stampiglie des Zentralarbeitslosenkomitees, juridisch mit dem Bemerkten, daß ein solches ha. nicht anerkannt werden kann, und werden Sie auf das ha. Schreiben von 14. März 1927 verwiesen, in welchem der Tatbestand genauestens aufgeklärt wurde.

Unterschrift: J. B.-R. Graz.

Das Schreiben vom 14. März 1927, in welchem die J. B.-R. den Tatbestand, warum Rofmann keine Unterstüfung bekommt, aufklärt, lautet:

Die gefertigte Stelle teilt Ihnen mit, daß der Beschluß der J. B.-R. vom 22. Februar 1927 gemäß der 13. Novelle, bezw. gemäß § 14/2 des NWG., endgültig ist und gegen diesen ein weiteres Rechtsmittel nicht mehr zulieft. Aus Ihrem Schreiben geht kein neuerlicher Tatbestand hervor und ist die gefertigte

Stelle daher nicht in der Lage, ein neues Verfahren einzuleiten.

Begründung:

Kein neuer Tatbestand. Die Eltern haben 9 Joch Grund. Es sind nur drei Personen zu erhalten. Ihr Lebensunterhalt scheint daher nicht gefährdet.

Unterschrift: J. B.-R. Graz.

Diese Behandlung des Proletariats, diese Peinigung bis aufs Blut macht J. B. Handlungen von in Härung befindlichen Massen begreiflich. Einen Gutsbesitzer in Rußland haben die Arbeiter des Gutes, nachdem er sie jahrelang auf das schwerste peiniget, mit Peitschen davongetrieben. Wir können uns ganz gut vorstellen, daß auch bei uns einmal die gepeinigten Massen zu jenen Mitteln greifen werden. Peitschenhiebe würden Kaufende verdienen.

Die Arbeitervertreter fragen wir, wie ist eine Ablehnung der Unterstüfung im Falle Rofmann, Grund Nr. 52.506, möglich?

Schmeißt sie hinaus!

Am 18. März ging plötzlich die Tür bei Genossen Hartinger auf und ohne zu grüßen trat mit der Frage „wohnt da der Semlitsch“ ein Mann in die Wohnung. Nach diesem Verhalten also eine besonders intelligente Nummer. Herr Hartinger beantwortete die Frage bejahend und erklärte, daß Herr Semlitsch aber nicht zu Hause sei, worauf dieser seltsame Besuch, von dem man seinen Manieren nach nicht wußte, in welche Kategorie von Urwaldviechern man ihn einreihen soll, eben wie ein Urwaldviech erklärte, daß es ihm unerklärlich sei, was Herr Semlitsch schon in der Früh fortzugehen habe. Das war Herrn Hartinger denn doch zu stark und er fragte, mit wem er zu sprechen die hohe Ehre habe, denn solch ein Besuch sei doch der interessanteste, den er in seinem Leben empfangen habe. Also muß man denn doch wissen, mit welcher Sonderpezialität man es zu tun habe. Siehe da, die Spezialität nannte sich Arbeitslosenkontrollor. Daß es ein Abgesandter des Dr. Uranitsch war, wurde im Verlaufe der weiteren Aussprache vollumfänglich bestätigt, denn er gab auf die Antwort des Herrn Hartinger, daß Semlitsch für Quartier, das stets mit reiner Wäsche versorgt sei, 6 Schilling bezahle, die nur aus der Schule der Grazer Industriellen Bezirkskommission stammende Antwort: „Ja Sie, zu was braucht denn der Arbeitslose ein Bett mit Leintüchern?“

Jeder Leser vergegenwärtige sich ein solches Benehmen.

Der Arbeitslose Semlitsch ist für die J. B.-R. der Herr Semlitsch und hat nicht als „da Semlitsch“ bezeichnet zu werden. Genosse Semlitsch geht in der Früh fort, wohnt, ist ganz gleichgültig. Der Kontrollor will nicht verstehen, was einen Arbeitslosen berechtigt, fortzugehen, und legten Endes die Anfrage mit den Leintüchern.

Was soll man zu einem solchen Benehmen anders sagen als „Grenzenlose Gemeinheit!“ Damit aber werden diese Gemeinheiten nicht aus der Welt geschafft, da hilft nur eines: Wer sich solches erlaubt, verdient, aus den Proletarierwohnungen im Schwung hinausgeschmissen zu werden.

Wie Arbeitslose bei der J. B.-R. gebunnt werden.

Marie Pöhl hatte das Malheur, daß ihr Arbeitgeber an der Arbeitgeberbestätigung eine Ausbesserung vornahm. Die J. B.-R. beschuldigte nun die Maria Pöhl der Dokumentenfälschung und entzog ihr die Unterstüfung auf zwölf Wochen. Dagegen erhob letztere Einspruch, worauf die Straffrist auf acht Wochen gekürzt wurde, ohne daß die J. B.-R. beim Unternehmer bezüglich der Ausbesserung Erkundigungen vorgenommen hätte, vielmehr hält sie die Behauptung auf Dokumentenfälschung aufrecht.

Das Arbeitslosenkomitee wandte sich an den Unternehmer mit dem Ersuchen, eine neue Arbeitgeberbestätigung auszustellen, was dieser auch tat. Diefelbe stimmte mit dem Zeugnis vollkommen überein. Der J. B.-R. genügt dies aber nicht, sie versteifte sich vielmehr darauf, selbst beim Unternehmer diesbezüglich Erkundigungen einzuziehen. Es vergehen acht Tage, vierzehn Tage, es geschieht nichts; die J. B.-R. läßt die Sache einschlafen.

Auf das hin ersuchte das Zentralarbeitslosenkomitee den Unternehmer um eine schriftliche Erklärung. Dieser stellte sie am Gleichenberger Bürgermeisteramt, versehen mit Amtssiegel und Unterschrift, folgenderweise aus: „Ich erkläre hiermit, daß Maria Pöhl, geboren im Jahre 1903, am 1. Mai 1926 bei mir in den Dienst getreten ist. Meine Angabe, daß dieselbe am 24. April 1926 eingetreten sei, beruht auf einem Irrtum.“

Über auch das genügt der J. B.-R. noch nicht, und zwar verlangt sie, daß auch diese Erklärung vom Unternehmer direkt an sie geschickt werde. Unterdessen sind bereits die acht Wochen Straffrist abgelaufen und M. P. soll die Unterstüfung wieder automatisch beziehen. Weit gefehlt! Erst wird sie zu einer Sitzung zitiert, dann wird von ihr der Nachweis verlangt, wo sie sich im Jahre 1925 befunden habe; über letzteres habe sie eine Bestätigung zu bringen. Hat sie das auch aufgebracht, wird man wieder andere Schikane finden, um ihr den Bezug der Unterstüfung möglichst zu erschweren. Für dieses System des bestialischen, hundegemeinen, die Menschen zur Verzweiflung bringenden Bürokratismus, welches bei der J. B.-R. Graz herrscht, verdienen Sie, Herr Dr. Uranitsch, die Verachtung g aller Arbeitslosen. Und was ist mit der Gewerkschaft, was mit den Arbeitervertretern der J. B.-R.? Rührt euch! Die Verzweiflung und Empörung über dieses System ist schon grenzenlos. Wir werden diese Empörung schüren, ja, das sagen wir offen — bis dieses System des Dr. Uranitsch fällt.

Neuigkeitsberichte

Sie fürchtete, entlassen zu werden. Grete R. kam nach einer freudlos verbrachten Jugend, kaum der Schule entlassen, in Dienst. Sie lernte einen Burschen kennen. Das Verhältnis hatte Folgen, welche sie aus Angst vor der Entlassung verheimlichte. Von dem Verhalten vor und während einer Geburt hatte sie keine Ahnung, sorgte sich auch nicht mit Kinderwäsche vor. Wie auch?

Der verhängnisvolle Tag rückte heran. Es kam die ersten Wehen. Hüflös legte sie sich abends zu Bett. Am nächsten Morgen wurde sie von ihrer Dienstgeberin am Boden liegend, ohnmächtig aufgefunden; im Bett befand sich ein totes Kind. Grete wurde von der Rettungsgesellschaft auf die Klinik gebracht.

Dort erzählte sie folgendes: Abends um 9 Uhr sei sie von heftigen Wehen befallen worden; gleich darauf erfolgte die Geburt, und zwar habe sie, da dieselbe sehr schwer war, mittels einer Schnur, welche sie am Beinchen des Kindes befestigt habe (!), nachgeholfen. Das Kindchen rührte sich nicht, sie hielt es für tot. Sie selbst aber stand nach einiger Zeit auf und schleppte sich zum Tisch, um ein Wasser zu holen, da sie heftigen Durst verspürte, brach aber vor Schmerzen zusammen.

Nach 14 Tagen wurde die Siebzehnjährige dem Landesgericht wegen Verdacht des Kindesmordes eingeliefert. Das gerichtliche Gutachten lautete dahin, daß das Kind wahrscheinlich unmittelbar nach der Geburt gestorben sei. Das Mädchen wurde wegen Fahrlässigkeit zu zwei Wochen strengen Arztes verurteilt. Es ist eine Gemeinheit, das Mädchen wegen Fahrlässigkeit zu verurteilen, wenn sie kein Geld besitzt und noch dazu fürchtete entlassen zu werden.

Leser, helft den „Mahnruf“ verbreiten!

Horthy-Ungarn. Vor einigen Tagen vergiftete sich die österreichische Lehrerin E. P. in Budapest mit Morphium. In schwer bewusstlosem Zustande wurde sie von der Rettungsteilung ins Spital gebracht, wo man an ihrem Aufkommen zweifelt. Sie war bei einem Ministerialrat als Kinderfräulein in Stellung, wo ihr aber nach einigen Monaten gekündigt wurde. Um sich von der Zahlung einer Abfertigung zu drücken, wurde gegen sie eine anonyme Anzeige erstattet, sie habe sich über das Horthy-Regime mißliebig geäußert. Trotzdem nicht ein Funken Wahrheit die Grundlage zu dieser Anschuldigung bildete und man nicht einen einzigen Beweis in den Händen hatte, wurde sie zu drei Wochen Arrest verurteilt.

Als Ausweg vor den ihr bekannten Martern in den ungarischen Kerkern wählte sie den Tod.

Nach bolschewistischem Muster. Etwas sehr Anerkennenswertes leistet die Gemeinde Wien für die Säuglingsfürsorge. Am 4. April 1927 wird jeder neugeborene Staatsbürger, falls sich die Mutter darum bewirbt, von der Gemeinde Wien ein Geschenkpaket folgenden Inhaltes erhalten: 24 Tetramindeln, 6 Säckchen, 6 Hemdchen, 2 Badetücher, 2 Nabelbinden, 1 Tragkleidchen, 1 Flaneldecke, 2 Kautschukelagen und eine Hautgarnitur, bestehend aus Seife, Creme und Puder.

Keine werdende Mutter, die nach Wien zurückgekehrt ist oder in Wien wohnt und sich im achten oder neunten Monat ihrer Schwangerschaft um die Ausstattung im Jugendamt ihres Bezirkes bewirbt, wird von dieser Fürsorgeaktion ausgeschlossen.

Das begüterte Eltern auch diese Gaben empfangen, entspricht nicht proletarischem Empfinden.

§ 144. Dieser Tage ging ein im Jahre 1924 in Wien begonnener Niesenprozeß betreffend den § 144 zu Ende. Gegen 38 Frauen und eine Hebamme lautete die Anklage auf Verletzung dieses Paragraphen. In fast allen Fällen mußte die Staatsanwaltschaft die Anklage fallen lassen, zwei Frauen aber, eine Hebamme und eine Pflegerin, sollten ihr unbedingt zum Opfer fallen.

Gegen letztere lautete die anonyme Anzeige vom Jahre 1924, sie habe im Jahre 1922 einen Eingriff an sich vornehmen lassen. Als sie damals zwecks Einvernahme zur Vendarmerie geladen wurde, befand sie sich in hochschwangerem Zustand. Dreizehn Tage nachher entband sie und nach weiteren drei Wochen wurde sie zu Gericht zitiert, um sich dort ärztlich untersuchen zu lassen, ob vor zwei Jahren ein Eingriff erfolgt sei!

Auch die Gerichtssachverständigen konnten selbstverständlich nach zwei Jahren keine Anhaltspunkte dafür finden, übrigens sprach vieles für die Unstichhaltigkeit der Anzeige, aber trotzdem mußte sie neuer in dieser Sache noch einmal vor Gericht erscheinen. Die Staatsanwaltschaft mußte aber schließlich die Haltlosigkeit der Anklage einsehen und das Verfahren gegen beide Frauen einstellen.

Seipels Vorbellgeißt. Dr. Kunwald besitzt am Hafnersteig Nr. 10 in Wien ein Haus, welches den fittsamen Wiener Bergern sehr bekannt sein dürfte. Der Hafnersteig ist ein Gäßchen, welches nachts von den Apachen, Plattenbrüdern und Zubältern belagert wird. Hausnummer 10 ist seit uralten Zeiten eine Herrenkneipe, wo alle fragwürdigen Elemente, vom Plattenbruder an bis in die höchsten Kreise des Bürgertums, ihr ergaunertes Geld bei Dirnen verknopfen. Vor kurzer Zeit räumte die Polizei das alte Haus, und zwar nicht, wie man glauben sollte, wegen Gefährdung der Jugend und Sittlichkeit, sondern weil die Pächterin Frau Janovski im Auftrage Kunwalds die gefallenen Mädchen aufs Gemeinste ausbeutete, indem sie für ein Zimmer täglich

3 20— bis 25— Miete verlangte. Doch was hat dies mit Seipel zu tun? Kunwald ist seit Jahren ein Krüppel, muß gehet und gepflegt werden. Dieser Mann vereinigt sein ganzes Genie in Ausbeutung und Schmutzgeschäften und ist der wahre Diktator Österreichs. Der Faschistenhäuptling, Prälat Seipel, ist ein intimer Freund dieses Vampirs und das ganze christlich-jüdische und arische Großkapital und deren Politiker verkehren bei Kunwald und holen sich von ihm Ratsschlage. Am Bette Kunwalds wurde das große Sanierungswerk Seipels geboren, welches das größte Elend über die Arbeiterschaft Österreichs gebracht hat. Auch die Größen von Industrie und Handel wie Urban, Krupp, Böhrler und Schöller holten ihre Direktiven von Kunwald. Diese Gesellschaften vertreten den Standpunkt, daß das Geld nicht sinke, auch wenn es vom Hafnersteig herstamme, und man wird nicht fehl gehen, wenn man der Meinung ist, daß diese Herrn wie Seipel, Riesenböck, jüdische und arische Bankhülsen im Interesse der guten Freundschaft hier und da auch einen Blick in den Hafnersteig 10 gemacht haben, denn eine Hand wäscht die andere.

Kolporteur

für den „Mahnruf“ gesucht. — Anfrage täglich vormittag, Elisabethinerstraße 20.

Pharisäer. Die Feldkirch-Innsbrucker Administration hat unter der Überschrift „Frauenwelt und Touristik“ eine Verlautbarung folgenden Inhaltes erlassen: „Ein Weib soll nicht Mannskleider anziehen, denn ein Greuel ist es vor Gott, wer solches tut. Dies gilt im Winter für den Skisport und im Sommer für die Hochtouristik. Es widerspricht auch der christlichen Sitte wenn Frauenspersonen in männlicher Touristenkleidung durch die Straßen der Ortschaften marschieren.“ Also daß sich das jede Touristin zu Herzen nimmt! Die Touristenkleidung muß nun künftig vor jeder Ortschaft ausgezogen werden und züchtige lange Röcke an ihre Stelle treten. Ob die Pfarrer und Kaplanen dann nicht alle vor den Ortschaften aufundabwandeln werden?

Krieg. Wie nahe wir vor einem neuen Völkermorden stehen, beweisen die Alarmmeldungen über Italien und Jugoslawien. Der Konflikt ist noch einmal in den Hintergrund getreten. Doch ändert dies nichts an der Tatsache, daß durch Mussolinis Gefräßigkeit die Kriegsgefahr zwischen Italien und Jugoslawien weiterbesteht. Mussolini soll dabei vorhaben, Kärnten als Durchzugsland für seine Truppen zu benützen. Der Völkermord wird uns davor nicht schützen.

Riesenböcks Steuerabsicht. Der Finanzminister hat sich plötzlich der Bienen erinnert und nachgeschlagen, ob sie wohl besteuert sind. Sie waren bis heute von allen Steuern verschont, da ein Gesetz aus der Zeit Maria Theresias dem Imker volle Steuerfreiheit gab. — „Wurscht is“, dachte sich Riesenböck, „jest hab ich von A bis Z schon alles besteuert, warum sollen die Bienen eine Ausnahme machen.“ feste sich hin und beschloß auch noch die Warenumsatzsteuer für Bienen.

Großer Sieg der Revolutionsarmee in China. Die national-revolutionäre Armee hat Schanghai, die bedeutendste Hafenstadt Chinas, eingenommen. Hand in Hand mit dem Anmarsch der Kantontuppen streikten die Arbeiter Schanghai. Die Kantonomie wird nun den Weg in die Provinzen Mittelchinas einschlagen. Tschang-Tso-Lin wird diesen Marsch nicht aufhalten können. Die revolutionären Kräfte werden jedes Hindernis überwinden. Für England ist der Fall Schanghai von größter Bedeutung. Seine Macht ist im Zerbröckeln.

Die englische Bourgeoisie stoßt vor. Die Regierung hat einen Entwurf zur Abänderung des Gewerkschaftsgesetzes eingebracht. Demnach soll der Generalfreist als ein Akt illegaler Verschwörung verboten werden, ferner soll verboten werden das rottenweise Streikpostenstehen, die Einhebung von Umlagen zuunsten politischer Parteien und der Anschluß der Beamten- und Staatsangestelltenorganisation an die gewerkschaftliche Spitzenorganisation. — Zur selben Zeit, als die Regierung diesen Gesetzentwurf einbrachte, hat der Generalfreist des englischen Gewerkschaftsverbandes verfügt, daß Kommunisten nicht mehr dem Präsidium einer Gewerkschaft angehören dürfen. Will sich dadurch der Generalfreist die Beneigntheit der Regierung erlaufen?

Bulgarische Grausamkeiten. Vor einigen Tagen ließ der Polizeichef von Plewna Sandanski die Frau und Schwester eines Soldaten verhaften. Im Polizeigefängnis wurden die beiden Frauen von vier Polizisten gezwungen, dem Chef zu Willen zu sein. Da sie sich zur Wehr setzten, wurden sie mit Gummimitteln blutig geschlagen. Als der Soldat vom Schicksal der beiden Frauen erfuhr und zur Polizei ging, um den Chef zur Rede zu stellen, wurde er ebenfalls blutig geschlagen und im bewusstlosen Zustande auf die Straße geworfen.

Dr. Hlzer wieder in Graz. Die Sehnsucht nach den Steuergeldern der Werttätigen war für seine Rückkehr ausschlaggebend.

Arbeitslosenregister.

In Steiermark sind am 15. März 28.666 zur Unterstützung angemeldet gewesen. Im Vergleich standen 24.434. Auf Graz entfallen davo 15.789 Arbeitslose.

Weißt du, warum?

„Weißt du, warum die reichen Leute Armmen aus dem Volke nehmen?“

„Um ihre Frauen zu schonen!“

„Nein, sie tun es, damit die Kinder der Reichen bei Zeiten lernen, den Armen das Blut auszusaugen.“

Demokratie.

Der Dide: „Die Demokratie ist verwirklicht: Sie müssen zugeben, wir haben gleiche Rechte; gleiches Wahlrecht, gleiche Justiz — — —“

Der Dünne: „Und wie ist's mit dem gleichen Essen?“

Gebot.

Du bist ein Mensch!

Du darfst dich nicht schinden lassen,

Du sollst dich nicht treten lassen,

Du sollst dich nicht unterdrücken lassen,

Du sollst dich nicht ausaugen lassen,

Du sollst den Sklavensinn von dir tun,

Du sollst die Knechtseligkeit von dir tun,

Du sollst dich nicht hüten vor einem lebendigen Menschen,

Denn er ist nicht mehr wie du!

Leopold Satobp.

Arbeiter — Arbeitslose!

Abonniert auch den Mahnruf, bestellt ihn, werbet Leser für den Mahnruf und berichtet aus den Betrieben, aus allen Städten, wo es Unbilden, Ungerechtigkeiten, Ausbeutung und Unterdrückung gibt, an den Mahnruf. Bezugspreis vierteljährlich 3 1-20, monatlich 40 Groschen.